Nr. 377 A 191 Morgen-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 11. August 1928 V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur: m. Ausn d Handelsteils: i. V. Dr Graf Montgelas Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der Panzerkreuzer wird gebaut

Ersparung bei Ersatzbauten

Zur Teilnahme an der Verfassungsfeier haben sich mit dem Reichskanzler sämtliche Mitglieder des Kabinettes in Berlin eingefunden, mit Ausnahme des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, der seinen Aufenthalt in Karlsbad jetzt mit dem in Oberhof vertauscht. Alle Reichsminister haben auch an der Kabinettssitzung teilgenommen, in der die wichtigste Entscheidung die über den Bau des Panzerkreuzers „A" sein sollte.

Vorausgegangen ist eine Besprechung des gegenwärtigen Standes der deutsch-rumänischen Finanzverhandlungen. Die von der rumänischen Regierung entsandten Unterhändler sind jetzt in Berlin eingetroffen, und es wird sich nun entscheiden müssen, ob Rumänien bereit ist, die Voraussetzungen für eine Beteiligung der Deutschen Reichsbank an der Stabilisierung des rumänischen Leu und Verhandlungen über einen Handelsvertrag zu ermöglichen. Die direkten Besprechungen zwischen Stresemann und Titulescu in Mentone haben bekanntlich zu keinem Ergebnis geführt, weil die rumänische Regierung damals an ihrer Forderung der Einlösung der während der deutschen Okkupation ausgegebenen Noten der Banca Nationale festhielt, während Stresemann sie mit Berufung auf den Londoner Vertrag ablehnte. Die jetzigen neuen Verhandlungen zwischen den deutschen und rumänischen Unterhändlern sind durch eine längere diplomatische Fühlungnahme zwischen Berlin und Bukarest vorbereitet.

Die Entscheidung über den Bau des Panzerkreuzers war einer anschließenden Ministerbesprechung (von der die Staatssekretäre und die Referenten ausgeschlossen sind) vorbehalten.

Die Besprechung dauerte über fünf Stunden und ihr Ergebnis wurde erst gegen 10 Uhr abends in folgender amtlicher Mitteilung bekanntgegeben: **„Das Reichskabinett beschloß in seiner heutigen, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung, den Bau des Panzerschiffes in Angriff zu nehmen.** Zu diesem Beschluß ist die Reichsregierung gelangt, nachdem festgestellt wurde, daß die durch den Bau des Panzerschiffs entstehenden Mehrausgaben in den folgenden Jahren **durch entsprechende Ersparnisse bei sonstigen Ersatzbauten** wieder eingebracht werden."

Wie heftig umstritten der Bau des Panzerkreuzers war, muß wohl nicht in Erinnerung gerufen werden. Der Reichsrat unter Preußens Führung hat die vom früheren Kabinett Marx eingesetzte Position abgelehnt. Der Reichstag hat die erste Baurate gegen die Stimmen der Demokraten und der Sozialdemokraten bewilligt. Ueber den militärischen Wert des Panzerkreuzers sind die Meinungen auch innerhalb der Marine von jeher geteilt gewesen. Der Reichsrat hat nach der Bewilligung der Baurate durch den Reichstag auf sein Einspruchsrecht verzichtet, nachdem ihm vom Kabinett Marx eine erneute Prüfung der finanziellen Voraussetzungen im Etat zugesagt worden war. Diese Erbschaft hat das Rechtskabinett Marx dem Kabinett Müller-Franken hinterlassen.

Es ist nicht anzunehmen, daß die prinzipielle Einstellung der demokratischen und sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts zu dem Bau des Panzerkreuzers sich geändert hat, trotzdem Reichswehrminister Groener im Hauptausschuß, späterhin auch im Plenum des Reichstages sich mit außerordentlicher Wärme auch vom militärischen Gesichtspunkt aus für den Bau eingesetzt und besonders an die Demokraten die dringende Bitte gerichtet hat, die Mittel zu bewilligen.

Wenn trotzdem das Kabinett Müller-Franken bereit zu sein scheint, die erste Baurate flüssig zu machen, dann werden neben der Tatsache, daß das Reichswehrministerium sich zu andern Ersparungen in seinem Etat bereit gefunden hat, die die Höhe der Baurate für den Panzerkreuzer zuminbest erreichen, auch noch andere wichtige Erwägungen allgemein politischer Art mitgesprochen haben. Die der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum angehörenden Mitglieder des Kabinettes haben sich darauf berufen, daß ihre Fraktionen im verflossenen Reichstag für den Bau des Panzerkreuzers gestimmt haben, daß in ihren Anschauungen keine Aenderung eingetreten sei und daß man es, da der Reichstag die Baurate im Etat für 1928 bewilligt habe, mit einer res judicata zu tun habe, die respektiert werden müsse, wenn das Etatgesetz des Reichstages für 1928 nicht verletzt werden solle. Den finanziell begründeten Bedenken des Reichsrates werde durch Ersparungen in anderen Positionen des Wehretats Rechnung getragen, so daß sich für die Zukunft eine Mehrbelastung nicht ergebe.

Die Stellungnahme des Reichswehrministers Gröner, auf die in Uebereinstimmung mit den Anschauungen des Reichspräsidenten bei früheren Gelegenheiten hingewiesen worden ist, ergab sich aus seinen Reden im Reichstage von selbst. Seine starke Gebundenheit an die im Sommer abgegebenen Erklärungen und die jener Minister, die dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei angehören, machte sich auch diesmal im Kabinett geltend.

In der gestrigen Kabinettssitzung ist ferner beschlossen worden, die Versicherungspflichtgrenze der Angestellten von 6000 Mark auf 8400 Mark zu erhöhen.

Bootskatastrophe bei Potsdam

Explosion fordert zwei Tote

Gestern abend um ½9 Uhr ereignete sich auf dem Templiner See ein Explosionsunglück, bei dem zwei Menschen den Tod in den Wellen fanden und zwei andere schwer verletzt wurden.

Der französische Pilot La Roche des durch Finanzierung eines deutsch-englisch-französischen Bankkonzerns in Paris gebauten Schnellgleitbootes „Puce de mer", das am 18. Juli auf dem Templiner See seine erste Probefahrt gemacht hat, und mit dem der Pilot auch gestern wiederum Versuche anstellte, wurde aus bisher noch nicht geklärter Ursache leck und schlug um. Der Pilot stürzte ins Wasser, konnte jedoch schnell gerettet werden.

Daraufhin fuhr er in einem Boot zur Zeppelinwerft, um seinen Apparat abschleppen zu lassen. Der Tischlermeister der Werft, Lohmann, der Leiter Lehrle, ein Monteur Schröder und der Pilot bestiegen einen sogenannten Backdeckkreuzer und fuhren auf den See hinaus. Einige hundert Meter vom Ufer entfernt versagte die Zündung des Bootes und der Pilot machte sich am Motor zu schaffen.

Im nächsten Augenblick schoß eine riesige Stichflamme empor und der Motor flog in die Luft. Um sich vor den Flammen zu retten, sprangen alle Insassen außer Schröder ins Wasser. Schröder ließ auf dem Vorderschiff. Als Lehrle, der sich noch am Schiffsrand angeklammert hielt, sah, daß der Monteur noch in ziemlicher Sicherheit war, klomm er mit aller Anstrengung an der Bordwand wieder empor und blieb auf dem Schiff. Lohmann und der Pilot kämpften in den Fluten. Zehn Minuten später versank Lohmann und ertrank. Erst weitere zwanzig Minuten später kamen zwei Privatboote in die Nähe des brennenden Kreuzers. Eins von ihnen warf dem Piloten einen Rettungsring zu. Eine Armeslänge vor dem Ring verließen dem Unglücklichen die Kräfte und die Wellen schlugen über ihm zusammen.

Die Leichen der beiden Ertrunkenen konnten erst viele Stunden später geborgen werden. Schröder und Lehrle wurden von einem dritten hinzueilenden Privatboot mit unsäglicher Mühe von dem in hellen Flammen stehenden Schlepper heruntergeholt. Beide haben lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

Woldemaras kommt nach Paris

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ist **Paris**, 10. August

Trotz der sehr kühlen Aufnahme, die die von Woldemaras zunächst wohl nur als Versuchsballon lancierte Ankündigung seines Besuches in Paris in den hiesigen diplomatischen und politischen Kreisen gefunden hat, scheint der litauische Diktator sein Projekt keineswegs aufgegeben zu haben. Nach den hier eingetroffenen Informationen soll er tatsächlich bereits alle Dispositionen getroffen zu haben, um am Tage der Paktunterzeichnung in Paris zu sein, um hier die Gelegenheit zu einer Aussprache mit den führenden Außenministern zu benutzen. Zu gleicher Zeit wird gemeldet, daß die litauische Regierung den polnischen Vorschlag, in Genf unmittelbar vor der Ratstagung eine neue Konferenz abzuhalten, angenommen habe.

Neugliederung des Reiches

Bemerkungen zu den Leitsätzen des Lutherbundes

Von

Dr. Höpker-Aschoff,

preußischem Finanzminister

Zum Verfassungstage stellt der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, dessen Vorschläge für die Neugliederung des Reichs bei allen Sachkennern die günstigste Aufnahme gefunden haben, der „Vossischen Zeitung" die folgenden Ausführungen zur Verfügung, die der Weiterführung des Werkes von Weimar dienen:

Bei dem Besuche des Reichsrats in Düsseldorf hat der dortige Landeshauptmann Dr. Horion in einem bemerkenswerten Vortrage über die provinzielle Selbstverwaltung auch der schweren Mängel unseres heutigen Verfassungs- und Verwaltungsaufbaues Erwähnung getan und als den einzigen brauchbaren Vorschlag zur Beseitigung dieser Mängel den Vorschlag Stegerwald-Kiß-Höpker-Aschoff bezeichnet.

Dieser Vorschlag läuft bekanntlich darauf hinaus, Preußen oder gar Norddeutschland (so habe ich vorgeschlagen) zum „Reichsland" zu machen, d. h. die Gesetzgebung und Verwaltung in Norddeutschland auch in Landessachen den Organen des Reiches zu übertragen und dadurch den Dualismus Preußen-Reich zu überwinden. Die vor einigen Tagen bekanntgewordenen Leitsätze des Lutherbundes decken sich in vielen Punkten mit diesem Vorschlage; um so überraschender ist es für mich, daß Kreise, die meinen Vorschlag nicht unfreundlich aufgenommen haben, diesen Leitsätzen mit starker Zurückhaltung oder gar Abneigung gegenüberstehen. Es will mir scheinen, als ob die Bedenken vor allem durch die starke Betonung der Reichslandidee wachgerufen seien. Was bedeutet diese Idee?

Ich habe es einmal auf folgende Formel zu bringen versucht: Ich schlage nicht vor, in Norddeutschland ein Dutzend Reichsländer zu bilden, auch nicht, Norddeutschland in ein Reichsland umzuwandeln, sondern Norddeutschland zum Reichsland zu machen. Was heißt das?

Keine Reichsländer, wie Ritter will. Nach Ritters Vorschlag sollen die preußischen Provinzen, denen die kleinen norddeutschen Länder anzugliedern wären, ebenso Mecklenburg und Oldenburg und endlich ein aus Braunschweig, Anhalt und den beiden Lippe gebildetes Land Reichsländer werden. Da diese Reichsländer im wesentlichen mit den Machtbefugnissen der deutschen Länder ausgestattet werden sollen, so läuft der Vorschlag auf die Zerschlagung Preußens hinaus. Ich wehre mich mit aller Schärfe gegen diesen Vorschlag, weil er die große historische und politische Bedeutung eines einheitlichen preußischen Staatgebiets verkennt und leichten Herzens den stärksten Faktor deutscher Einheit, den preußischen Staat, preisgibt. Auch Luther lehnt diesen Vorschlag ab.

Kein Reichsland Preußen oder Norddeutschland, wenn darunter ein selbständiges Gebiet verstanden wird, das sich zwischen das Reich und die norddeutschen Provinzen schieben würde. Reichsland ist für mich nur der Ausdruck dafür, daß ein Gebiet reichsunmittelbar wird, d. h. der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs ohne das Mittel eines Gliedstaates unterstellt wird. Hier fordern die Leitsätze Luthers die Kritik heraus.

1. Luther nennt die preußischen Provinzen, denen die kleinen norddeutschen Länder angegliedert werden würden, Mecklenburg und Thüringen und die Hansestädte Hamburg und Bremen, die allesamt zum Reichsland geschlagen werden sollen, „Provinzen des Reichslandes". Nein, sie sollen Reichsprovinzen werden, denn das Reichsland ist kein besonderes Land zwischen den Provinzen und dem Reiche, sondern nur der Ausdruck für die Reichsunmittelbarkeit. Man sollte sie Länder nennen, wie ich es bereits in meinem Düsseldorfer Vortrag getan habe, um von vornherein die Mißdeutung auszuschalten, als ob sie gegenüber den süddeutschen Ländern minderen Rechts wären.

2. Luther will nach dem Muster des Preußischen Staatsrats einen Staatsrat des Reichslandes bilden zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichslandes. Der Gedanke, den Preußischen Landtag zu beseitigen und den Preußischen Staatsrat in veränderter Form zu erhalten und zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Verwaltung im Reichslande zu berufen, muß als eine Verletzung der unsere Verfassung beherrschenden demokratischen Grundsätze wegen abgelehnt werden. Gewiß, es mag bedenklich erscheinen, Reichstag und Reichsrat, das heißt Körperschaften, in denen auch Vertreter der süddeutschen Länder Sitz und Stimme haben und unter Umständen den Ausschlag

0121